



## Deutschland: Nachfrage nach Green Card geringer als erwartet

Nach aktuellen Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) wurden seit Anfang August 2000 insgesamt 6.031 so genannte Green Cards an Fachkräfte aus dem Bereich der Informationstechnologie (IT) ausgegeben (Stand: 16.3.2001).

mer erreicht wird. Nach den Plänen der Bundesregierung soll nach Erreichen der ersten Obergrenze durch ein Monitoring-Verfahren festgestellt werden, ob weiterer Bedarf für Arbeitskräfte aus dem Ausland besteht (vgl. MuB 4/00). Gegebenenfalls werden dann weitere 10.000 Green Cards ausgegeben.

Nach Herkunftsländern liegt Indien mit 1.163 Zulassungen an der Spitze. Insgesamt stammen die meisten Fachleute jedoch aus Osteuropa.

In Bayern wurden bisher die meisten IT-Experten zugelassen (1.760 Green Cards), gefolgt von Hessen (1.267) und Baden-Württemberg (1.171). Berlin lag mit 203

Green Cards auf Platz sechs. In den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin/Ost) wurde diese Arbeitserlaubnis 264-mal erteilt.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt kritisierte die Befristung der Arbeitsgenehmigung auf fünf Jahre, da den ausländischen Arbeitnehmern langfristig eine Perspektive in Deutschland fehle. Viele der Interessenten würden dadurch abgeschreckt, eine Green Card zu beantragen. Er lobte jedoch, dass die Green Cards von den zuständigen Behörden „zügig und unbürokratisch“ erteilt würden. In der Regel dauert die Ausstellung nur wenige Tage. Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), forderte eine moderne Einwanderungspolitik, die über die Green-Card-Regelung hinausgehe. Auch er sprach sich für einen unbefristeten Aufenthalt der ausländischen Fachleute aus.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sprach sich bei der Eröffnung der Computermesse CeBIT in Hannover erneut für eine Ausweitung der Green-Card-Regelung auf weitere Branchen mit akutem Experten-Bedarf aus. Bundeswirtschaftsminister Peter Müller (parteilos) hingegen sieht das Problem eher im Ausbildungsbereich, hier müsse die Wirtschaft aktiver werden. In Zukunft soll der Zugang zum Arbeitsmarkt für ausländische Absolventen

### EMNID-Befragung\* zur Ausweitung der Green-Card-Regelung

	Herkunft		Parteipräferenz						
	West	Ost	SPD	CDU/CSU	Bünd. 90/ Die Grünen	FDP	PDS	Republik. DVU/NPD	keine Angabe
Der Zuzug von außereurop. Fachkräften sollte in allen Branchen erleichtert werden.	42%	41%	46%	35%	63%	75%	47%	29%	36%
Der erleichterte Zuzug von außereurop. Fachkräften sollte - wie bisher - auf die Computerbranche beschränkt bleiben.	50%	56%	47%	54%	37%	25%	53%	71%	57%
keine Angabe	8%	3%	6%	11%	--	--	--	--	8%

\* 500 Befragte, 401 West-, 99 Ostdeutsche; Befragungszeitraum: 2. Februar 2001

Quelle: EMNID

Damit ist nach den ersten sieben Monaten das erste Kontingent von 10.000 dieser befristeten Arbeitserlaubnisse zu etwas mehr als der Hälfte ausgeschöpft.

Das Interesse an der befristeten Arbeitserlaubnis fiel bisher insgesamt geringer aus, als vom Bundesinnenministerium zunächst erwartet wurde. „Der Bedarf ist leider doch nicht so, wie von der Wirtschaft vorhergesagt“, erklärte der Staatssekretär im Innenministerium Fritz Rudolf Körper (SPD). BfA-Präsident Bernhard Jagoda hingegen verteidigte das Green-Card-Programm und bewertete es als Erfolg. Er erwartet, dass die 10.000-Grenze noch in diesem Som-

### Inhalt:

Deutschland: Nachfrage nach Green Card geringer als erwartet	1
Deutschland: Anstieg von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	2
Deutschland: Asyldebatte geht weiter	2
Deutschland: Aktion gegen untertarifliche oder illegale Beschäftigung von Ausländern	3
Frankreich: Asylverfahren für gestrandete Bootsflüchtlinge	3
EU will gemeinsame Asylpolitik	4
USA: Mehr Hispanics als Afroamerikaner	4
UNO: 16. Runde der Weltbevölkerungsprognosen veröffentlicht	5

Zusätzlich in der Internetausgabe:

([www.demographie.de/newsletter](http://www.demographie.de/newsletter))

USA/Mexiko: 1. Treffen der Präsidenten Bush und Fox

Indonesien: Mehrere Hundert Tote bei Unruhen auf Borneo

Guinea: Verbesserung der Flüchtlingssituation in Sicht  
Amnesty International-Bericht über Folter und Misshandlung von Frauen

weiter erleichtert werden. 895 der bisher 6.031 erteilten Green Cards gingen an Ausländer, die in Deutschland studierten und nach ihrem Abschluss nun im Land bleiben dürfen.

Einer aktuellen EMNID-Umfrage zufolge sprachen sich 51% von 500 Befragten dafür aus, dass der „erleichterte Zuzug von außereuropäischen Fachkräften [...] - wie bisher - auf die Computer-

branche beschränkt bleiben“ soll. Anhänger der FDP (75%) sowie von Bündnis 90/Die Grünen (63%) sprachen sich am häufigsten für einen erleichterten Zuzug von Fachleuten aller Branchen aus (siehe Box), Anhänger rechtsgerichteter Parteien (Republikaner, DVU und NPD) am häufigsten dagegen (71%). *as*

## Deutschland: Anstieg von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Die Zahl rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten in Deutschland erreichte im Jahr 2000 einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden 15.951 Straftaten (1999: 10.037) gemeldet. Dies entspricht einem Anstieg von +59% im Vergleich zu 1999. Der bisherige Höchststand hatte 11.700 Delikte im Jahr 1997 betragen (vgl. MuB 7 und 8/2000).

Ein regionaler Schwerpunkt der Gewalttaten liegt in Ostdeutschland, einschließlich Berlin: „Dort wurde fast die Hälfte der Gewalttaten begangen“, so Bundesinnenminister Otto Schily (SPD). Der Anteil der neuen Länder und Berlin an der Bevölkerung Deutschlands liegt jedoch nur bei rund 21%.

Rechtsextreme Gewalt ist kein ausschließlich ostdeutsches Phänomen. In den alten Bundesländern waren 2000 höhere Zuwachsraten als in Ostdeutschland zu beobachten. Polizeiangaben zufolge hat sich die Zahl der rechtsextremen Straftaten in Nordrhein-Westfalen zwischen Januar und November 2000 auf 1.450 mehr als verdoppelt. Dasselbe gilt für Schleswig-Holstein, wo eine Steigerung um fast +130% auf 613 verzeichnet wurde. In Baden-Württemberg wurden im gleichen Zeitraum 1.470 rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierte Straftaten verübt und damit rund +80% mehr als im Jahr 1999. In Sachsen-Anhalt dagegen stieg die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Vorjahresvergleich nur um +7% auf 1.029. Das Bundesland Sachsen registrierte bei den Gewaltdelikten einen Rückgang um -28% auf 62, bei Propagandadelikten, wie Farbschmierereien oder Rufen von Parolen, dagegen einen Zuwachs um +20% auf fast 1.300 (vgl. MuB 6/2000).

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten stieg von 6.937 im Jahr 1999 auf 10.979 im vergangenen Jahr (+58%). Hierbei handelte es sich zu rund 85% um Propagandadelikte, wie etwa das

Verbreiten von Propagandamaterial oder das Tragen verfassungswidriger Symbole. Zudem wurden im vergangenen Jahr 3.594 (1999: 2.283) Delikte mit fremdenfeindlichem und 1.378 (1999: 817) Delikte mit antisemitischem Tathintergrund registriert. Dies entspricht Steigerungsraten von +57% bzw. +69%. Deutlich zugenommen haben die Gewaltdelikte. Insgesamt wurden 998 Gewaltdelikte registriert, die dem rechtsextrem orientierten Spektrum (rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Delikte) zuzurechnen sind. Das bedeutet einen Zuwachs von rund +34% im Vergleich zum Jahr 1999 (746).

Die im Jahresvergleich starken Zuwächse der rechtsextremistischen Straftaten sind nicht automatisch als Indikator dafür zu werten, dass rechtsextremistische Aktivitäten im selben Umfang zunahm. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass eine intensive Medienberichterstattung deutliche Auswirkungen auf die Kriminalstatistik hat. Der Anstieg der Fallzahlen in der Kriminalstatistik kann demnach auch auf ein verändertes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder auf verstärkte Ermittlungen der Polizei zurückzuführen sein.

Die Bundesregierung stellte Mitte Februar das Programm „Xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ vor, das Aktivitäten gegen Rassismus fördern will. Der Europäische Sozialfonds unterstützt das auf drei Jahre befristete Programm jährlich mit 25 Mio. DM. Die gleiche Summe soll vom Bund, den Ländern und der Wirtschaft aufgebracht werden, so dass insgesamt 150 Mio. Mark für den Dreijahres-Zeitraum zur Verfügung stehen. Mit diesem Geld sollen Projekte in Betrieben und Schulen unterstützt werden, die die Förderung von Toleranz gegenüber Ausländern zum Ziel haben (vgl. MuB 8/2000). *gle*

## Deutschland: Asyldebatte geht weiter

Durch den Vorstoß des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, Asylbewerbern in Deutschland jede politische Betätigung zu verbieten, und durch den jüngsten Parteitagebeschluss von Bündnis 90/Die Grünen zur Revision des Artikel 16a Grundgesetz hält die Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung des Asylrechts in Deutschland an.

Merz hatte vorgeschlagen, Asylbewerber sollten sich während der Dauer ihres Antragsverfah-

rens politisch nicht betätigen dürfen. Er erhoffte sich davon, die Zahl erfolgreicher Asylgesuche zu reduzieren. Gegenwärtig kann ein Asylgrund auch dann entstehen, wenn ein Antragsteller erst in Deutschland politisch gegen die Regierung im Herkunftsland tätig wird. Durch diese Aktivitäten kann die Gefahr politischer Verfolgung erzeugt werden, die dann in Deutschland zumindest ein Abschiebehindernis darstellt. Der Vorschlag wurde von der rot-grünen Koalition scharf kritisiert.

Der innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag Cem Özdemir warf Merz eine „Abschottungsmentalität“ vor.

Im Gegensatz zur CSU hat sich die CDU indes darauf verständigt, nicht mehr auf der Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl zu bestehen. Die CSU will diese Forderung jedoch aufrecht erhalten.

Auf ihrem Parteitag in Stuttgart vom 9. bis 11. März 2001 beschlossen die Delegierten von Bündnis 90/Die Grünen eine Gesetzesinitiative, um Artikel 16a des Grundgesetzes außer Kraft zu setzen. Stattdessen soll Artikel 16 in seiner ursprünglichen Fassung wieder gelten, d.h. die Regelungen zu sicheren Drittstaaten und sicheren Herkunftsländern (Art. 16a, Abs. 2 und 3) sollen entfallen. Diese Regelungen, nach denen aus „sicheren Drittstaaten“ eingereiste Asylbewerber sofort wieder dorthin zurückgeschickt werden können und Flüchtlingen aus „sicheren Herkunftsländern“ kein Asyl gewährt wird, wurden 1993 im Rahmen des so genannten Asylkompromisses von CDU/CSU, SPD und FDP verabschiedet. Ziel der Grünen ist „die Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl in seiner uneingeschränkten Fassung“.

Der Parteitagsbeschluss wurde sowohl vom Koalitionspartner SPD als auch von den Oppositionsparteien kritisiert. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) lehnte die Rückkehr zu einem liberaleren Asylrecht grundsätzlich ab und bekräftigte, dass an der derzeitigen Rechtslage nichts geändert wird. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, verteidigte den Asylkompromiss als eine der „erfolgreichsten politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte“ im Kampf gegen den Missbrauch des Asylrechts. Lediglich die PDS und die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl begrüßten den Beschluss der Delegierten von Bündnis 90/Die Grünen.

Die neue Parteivorsitzende Claudia Roth verteidigte den Beschluss als „absolut in der Logik des Parteitags und in der Logik unserer Asylpolitik“. Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) äußerte sich skeptisch, was die Durchsetzbarkeit des Beschlusses angeht, denn zur Änderung des Grundgesetzes ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestages erforderlich. *as*

Weitere Informationen:

[www.gruene.de/archiv/grem/bdk/01Stuttgart/beschluss/b\\_einwanderungspolitik.htm](http://www.gruene.de/archiv/grem/bdk/01Stuttgart/beschluss/b_einwanderungspolitik.htm)

## Deutschland: Aktion gegen untertarifliche oder illegale Beschäftigung von Ausländern

Wie die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) und das Bundesfinanzministerium (BMF) im Februar bekannt gaben, werden jedes Jahr in Deutschland zwischen 290.000 und 300.000 Fälle von untertariflicher oder illegaler Beschäftigung von Ausländern geahndet.

Im Jahr 2000 gab es 250.000 solcher Fälle (siehe Tabelle). Betroffen waren vor allem das Baugewerbe sowie Gastronomiebetriebe und die Tourismusbranche. In der Mehrzahl der Fälle wurde ein Bußgeld verhängt; in immerhin 72.000 Fällen ermittelten die Behörden wegen des Verdachts auf Straftaten. Insgesamt summierte

sich der Umfang aller Geldstrafen im vergangenen Jahr auf 325 Mio. DM.

In der Bauwirtschaft wurde und wird vor allem gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz verstoßen. Firmen aus anderen EU-Staaten entlohnen ihre Mit-

arbeiter nicht nach dem in Deutschland geltenden Tarif. In etlichen Fällen wurden lediglich Stundenlöhne zwischen 5 und 8 DM gezahlt. Von Bedeutung sind aber auch die aufgedeckten Fälle der illegalen Beschäftigung von Ausländern und der unerlaubten Überlassung von Arbeitnehmern.

Die Staatssekretärin im Finanzministerium Barbara Hendricks (SPD) und der BfA-Präsident Bernhard Jagoda kündigten an, dass 2001 in allen Arbeitsämtern mehr Personal gezielt zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung eingesetzt werden soll. Die Zahl der damit befassten Mitarbeiter der BfA soll von 2.700 auf 2.900 steigen. Einige deutsche Experten bezweifeln den nachhaltigen Effekt dieser Maßnahme, da der Kostenvorteil bei Bezahlung unter Tarif die verhängten Bußgelder bei weitem übersteigt. Ferner haben entdeckte illegal beschäftigte Ausländer kaum eine Chance, ihre offenen Gehälter beim Arbeitgeber wirksam einzuklagen. *rm*

Illegale Beschäftigung in Deutschland

Jahr	geahndete Fälle (in 1.000)	Bußgeld (in Mio. DM)
1995	303	93
1996	261	110
1997	271	173
1998	268	225
1999	270	261
2000	250	325

Quelle: BfA, BMF

## Frankreich: Asylverfahren für gestrandete Bootsflüchtlinge

Nach einer öffentlichen Debatte über den Umgang mit etwa 900 an der Côte d'Azur gestrandeten Bootsflüchtlingen stimmte die französische Regierung der Einleitung von Asylverfahren zu. Die Flüchtlinge, größtenteils irakisch-kurdischer Herkunft, befanden sich an Bord eines Frachtschiffes, das Mitte März 2001 in der Nähe des Badeorts Saint-Raphaël vorsätzlich auf Grund gesetzt wurde.

Für Frankreich ist die Ankunft von Bootsflüchtlingen in derartigem Ausmaß bisher ein einmaliges Ereignis. An den Südküsten Spaniens, Italiens und Griechenlands passiert dies wesentlich häufiger. In Frankreich entbrannte eine kontroverse innenpolitische Debatte. Während Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen für eine Aufnahme der Flüchtlinge warben, drängten führende

Politiker der konservativen Oppositionsparteien, aber auch der regierenden Sozialistischen Partei (PS) auf eine zügige Rückführung. Die Flüchtlinge wurden zunächst in einer Kaserne interniert, die ad hoc zum extraterritorialen Warteraum deklariert worden war.

Der Parteichef der Sozialisten, François Hollande, warnte vor einer Aufnahme der Flüchtlinge als positivem Signal gegenüber Schlepperorganisationen. Erst nach friedlichen Sitzblockaden der Flüchtlinge, einem Besuch von Danielle Mitterand in der Militärkaserne sowie Sympathiebekundungen von Bürgern schwenkte die Regierung auf einen liberaleren Kurs ein. Sowohl Premierminister Jospin (PS) als auch Staatspräsident Chirac (RPR) sprachen in öffentlichen Stellungnahmen vom Vorrang der Humanität und Solidarität gegenüber den Flüchtlingen. Daraufhin wies das Pariser Innenministerium die Ausstellung von auf acht Tage befristeten Passierscheinen an, mit denen die Flüchtlinge die Kaserne verlassen durften und in einem Ort ihrer Wahl einen Antrag auf Asyl stellen konnten.

Es wird jedoch davon ausgegangen, dass ein Großteil der Flüchtlinge in die Illegalität abtaucht

oder aber in andere Länder der EU weiterreist. So wurden in Offenburg, in der Nähe von Aurich/Ostfriesland und nahe Köln kleine Gruppen dieser Bootsflüchtlinge aufgegriffen und von den deutschen Behörden nach Frankreich zurückgeführt.

Indes fahnden die französischen Behörden nach dem Kapitän und der weiteren Besatzung des Frachters „East Sea“. Gesprächen mit den Flüchtlingen zufolge stammen die insgesamt 910 Passagiere (250 Männer, 180 Frauen und 480 Kinder unter zehn Jahren) größtenteils aus den kurdischen Gebieten in der Nähe des nordirakischen Ortes Mossul. Von dort wurden sie Mitte Dezember 2000 zunächst über die irakisch-türkische Grenze geschleust. Nach mehreren Wochen in der Türkei gingen sie Anfang Februar 2001 an Bord des Frachters. Die Überfahrt bis an die französische Mittelmeerküste dauerte acht Tage, wobei die Flüchtlinge unter extrem unhygienischen Bedingungen zusammengepfercht wurden. 14 Kinder und mehrere ältere Passagiere mussten nach ihrer Ankunft in Südfrankreich in ein Krankenhaus eingewiesen werden. Pro Person verlangten die Schleuser für die Fahrt von Mossul an die Côte d'Azur Gebühren zwischen 1.500 und 4.000 US-\$. *sta*

## EU will gemeinsame Asylpolitik

Die Innen- und Justizminister der EU berieten Anfang Februar in Stockholm über eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik (vgl. MuB 9/00). Die EU-Staaten wollen angesichts der zunehmenden Zahl illegaler Einwanderer ihre Asylpolitik vereinheitlichen. Bis 2004 soll eine gemeinsame Innen- und Rechtspolitik sowie ein einheitliches EU-Asylrecht geschaffen werden, das der Genfer Flüchtlingskonvention gerecht wird.

Die EU-Kommission hat zur Harmonisierung der Asyl- und Einwanderungspolitik zwei Initiativen vorgelegt. Zum einen sollen die Drittstaaten- und die Flughafenregelung abgeschafft und verfahrensbeschleunigende Maßnahmen sowie die Garantie einer kostenlosen Rechtsberatung für Flüchtlinge und Asylbewerber eingeführt werden. Zum anderen sollen Mindeststandards für Asylverfahren festgelegt werden. Armut- und Elendsflüchtlinge, aber auch Personen, die vor Nachstellungen durch Verbrecherbanden oder wegen im Heimatland nicht gesicherter medizinischer Versorgung flüchten und bislang nur Abschiebeschutz genossen, sollen zu Asylberechtigten aufgewertet werden.

Der britische Innenminister Jack Straw (Labour) kritisierte diesen Entwurf und verlangte dagegen eine Verschärfung der EU-Asylpolitik sowie ein-

deutigere Regelungen bei der Bewilligung und Gewährung von Asyl. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) betonte, dass im Zuge der Harmonisierung des Asylrechts auch die Situation in den verschiedenen EU-Ländern berücksichtigt werden muss. Deutschland werde an bewährten Konzepten wie dem „sicheren Drittstaat“ und dem „sicheren Herkunftsstaat“ festhalten, so Schily. Dagegen hat die Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen, Mary Robinson, die europäischen Regierungen davor gewarnt, eine „Festung Europa“ gegen Flüchtlinge zu errichten. Die europäischen Regierungen sollten, so Robinson, eine Politik für rechtmäßige Flüchtlinge betreiben, statt sich auf die illegale Einwanderung zu konzentrieren.

Alle 15 EU-Länder erkennen als Grundlage die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 an, die Schutz vor politischer Verfolgung sichert. 1990 legten die EU-Länder in der Dubliner Konvention das Prinzip fest, dass ein Asylbewerber seinen Antrag in dem ersten EU-Land stellen muss, dessen Boden er betritt. Dieses Land ist dann auch für die Bearbeitung des Antrags und die eventuelle Aufnahme des Bewerbers zuständig. Deutschland und mehrere andere EU-Länder praktizieren zusätzlich noch das Prinzip des sicheren Drittstaates. *gle*

## USA: Mehr Hispanics als Afroamerikaner

Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten liegt die Zahl der US-amerikanischen Wohnbevölkerung hispanischer Herkunft (Hispanics) knapp über jener der afroamerikanischen Bevölkerung (African-Americans). Dies geht aus ersten Berichten der Volkszählung 2000 her-

vor, die das U.S. Census Bureau Anfang März 2001 veröffentlichte.

Demnach leben in den USA 35,3 Mio. Personen hispanischer Herkunft. Diese Bevölkerungsgruppe ist seit 1990 um rund 60% gewachsen. Bisherige Schätzungen des Zensusbüros gingen von

derzeit etwa 32 bis 33 Mio. Hispanics in den USA aus. Der Anstieg übertraf alle Erwartungen und ist sowohl durch starke Einwanderung als auch fehlerhafte Zählungen in den vergangenen Jahren zu erklären. John Long von der Bevölkerungsabteilung des U.S. Census Bureau erklärte in einer Stellungnahme, dass bei früheren Bevölkerungsschätzungen viele Einwanderer unberücksichtigt geblieben waren. Bislang gingen US-amerikanische Demographen davon aus, dass eine Parität zwischen Hispanics und Afroamerikanern erst zwischen den Jahren 2003 und 2006 zu erwarten wäre.

Die Größe der afroamerikanischen Bevölkerung liegt dem Zensus-Bericht zufolge zwischen 34,7 und 36,4 Mio. Personen. Hier ist zu beachten, dass in der Volkszählung 2000 erstmals die Möglichkeit eröffnet wurde, eine multi-ethnische Herkunft geltend zu machen. Insgesamt nutzten jedoch nur 2,4% der an der Volkszählung teilnehmenden Personen diese Möglichkeit.

In der Bevölkerungsgruppe der Afroamerikaner gab es 34,7 Mio. Personen an, ausschließlich der Kategorie „African-American“ anzugehören; 1,7 Mio. Personen kreuzten neben dieser Kategorie noch eine weitere an. Diese neue Erfassungsmethode soll die wachsende Gruppe gemischt-ethnischer Personen statistisch erfassen. Problematisch ist dabei jedoch, dass Perso-

nen, die sich zwei ethnischen Kategorien gleichzeitig zuordnen, auch statistisch in beiden entsprechenden Bevölkerungsgruppen erfasst werden. Wenn also eine Person sowohl die ethnische Kategorie „African-American“ als auch „Asian-American“ ankreuzt, so erscheint sie in beiden Gruppen. Dies erschwert die Vergleichbarkeit von Bevölkerungsgruppen.

Die hispanische Bevölkerungsgruppe hingegen hat seit längerem einen Sonderstatus in statistischen Erhebungen. Hispanics gelten nicht als ethnische Gruppe („race“), sondern werden über ihre Herkunft aus Lateinamerika und der Karibik bzw. über ihre spanische Muttersprache definiert. Ein Hispanic konnte also auch in früheren Volkszählungen die Sprach- und Herkunftskategorie „Hispanic“ mit der ethnischen Kategorie „White“, „African-American“ etc. kombinieren. In der Volkszählung 2000 definierten sich 48% der Hispanics als „weiß“, 42% gaben eine „andere“ ethnische Zugehörigkeit an, 2% zählten sich zur Gruppe der Afroamerikaner und 6% gaben an, zwei oder mehr ethnischen Gruppen anzugehören. Die Analyse nach Herkunftsländern zeigt: Die weitaus größte Gruppe der Hispanics stammt entweder selbst aus Mexiko oder hat mexikanische Vorfahren (66%). *sta* Weitere Informationen: [www.census.gov/prod/2001pubs/cenbr01-1.pdf](http://www.census.gov/prod/2001pubs/cenbr01-1.pdf)

## UNO: 16. Runde der Weltbevölkerungsprognosen veröffentlicht

Ende Februar 2001 veröffentlichte die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN Population Division) eine Aktualisierung ihrer Schätzungen und Projektionen für die Bevölkerung der Staaten der Welt (*2000 Revision*). Diese Projektionen werden alle zwei Jahre neu gerechnet. Die Prognosen von 1996 und 1998 wurden u.a. deshalb stark beachtet, weil sie gegenüber vorherigen Schätzungen ein geringeres Wachstum der Weltbevölkerung vorhersagten (vgl. MuB 3/98).

Die mittlere Variante der *2000 Revision* korrigiert diese Prognosen jetzt wieder nach oben. Für das Jahr 2050 werden 9,3 Mrd. Menschen erwartet, 431 Mio. mehr als 1998 errechnet (8,9 Mrd.). Die aktuelle Prognose zur Größe der Weltbevölkerung Mitte des 21. Jahrhunderts liegt also sehr nahe der Prognose von 1996 (9,4 Mrd.). Die hohe Variante der *2000 Revision* kommt auf 10,9 Mrd. Menschen für 2050, die niedrige Variante auf 7,9 Mrd. Menschen. Nach der Veröffentlichung der vorletzten und letzten Weltbevölkerungsprognosen der UNO war in den Medien u.a. von einem baldigen Ende des Weltbevölkerungswachstums zu lesen. Dies rückt offenbar in etwas weitere Ferne.

Die aktuellen Projektionen sind durch drei Faktoren beeinflusst: Erstens mussten die Experten der UN-Bevölkerungsabteilung feststellen, dass bisherige Schätzungen zum aktuellen Niveau der Kinderzahlen in Entwicklungsländern wahrscheinlich zu niedrig waren. Diese mussten für eine Reihe von Ländern nach oben korrigiert werden (u.a. Bangladesch, Indien, Nigeria). Zweitens wurde der zukünftige Rückgang der Kinderzahlen in Entwicklungsländern 1998 offenbar zu optimistisch be-

wertet. Aus heutiger Sicht erwartet man einen langsameren Rückgang der Kinderzahlen in verschiedenen, besonders wenig entwickelten Ländern Afrikas und Asiens. Drittens räumt die UNO-Bevölkerungsabteilung der HIV/AIDS-Epidemie als Faktor der zukünftigen demographischen Entwicklung heute ein noch größeres Gewicht ein als 1998. Inzwischen werden 45 Länder als besonders von der Epidemie betroffen eingestuft, in der *1998 Revision* waren es nur 34 Länder. Obwohl allein in den nächsten fünf Jahren 15,5 Mio. zusätzliche Todesfälle durch AIDS erwartet werden, wird die Epidemie nach der aktuellen Prognose nur in wenigen Ländern (u.a. Südafrika) auf absehbare Zeit zu einem Bevölkerungsrückgang führen. Das Zensusbüro der USA geht davon aus, dass es in mehr Ländern zu einem Bevölkerungsrückgang in Folge der AIDS-Epidemie kommen wird.

Die aktuelle Prognose der UN-Bevölkerungsabteilung hebt die globale Bedeutung von Alterung und internationalen Wanderungen hervor. Bis 2050 wird sich die Zahl älterer Menschen (im Alter 60 und darüber) mehr als verdreifachen. In den entwickelten Ländern wird der Bevölkerungsanteil dieser Gruppe von heute 20% auf 33% (2050) zunehmen. In Entwicklungsländern wird der Anteil der Älteren 2050 den heutigen Stand der entwickelten Länder erreicht haben. Die Gruppe der Ältesten (im Alter 80 und darüber) wird noch stärker wachsen - von 69 Mio. im Jahr 2000 auf 379 Mio. im Jahr 2050.

Für die entwickelten Länder erwartet die aktuelle Prognose, dass sie in den nächsten Jahrzehnten netto jährlich ca. 2 Mio. Zuwanderer aus den

### Weltbevölkerungsentwicklung 2000 bis 2050

- |   |                             |   |                                       |
|---|-----------------------------|---|---------------------------------------|
|  | Bevölkerungsrückgang        |  | Bevölkerungszunahme 50% bis 100%      |
|  | Bevölkerungszunahme bis 50% |  | Bevölkerungszunahme von 100% und mehr |



Quelle: UN Population Division und eigene Berechnungen

(c) Lebhart

Entwicklungsländern aufnehmen werden. Dies schiebt das Einsetzen des Bevölkerungsrückgangs von 2003 (ohne Zuwanderung aus Entwicklungsländern) bis zum Jahr 2025 auf.

Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen stellt ausführliches Pressematerial zu den neuen Prognosen auf ihrer Website ([www.un.org/esa/population/wpp2000.htm](http://www.un.org/esa/population/wpp2000.htm)) zur Verfügung. Die gedruckten Tabellenbände sollen Mitte 2001 er-

scheinen und sind dann über den UNO-Verlag in Deutschland zu bestellen. Die Ergebnisse können jedoch auch auf Datenträgern bezogen werden. Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Methoden ist für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. *Ralf E. Ulrich, Eridion GmbH*  
Kontakt: Joseph Chamie, Director, Population Division, United Nations, New York, Tel. 001-212-9633179, Fax 001-212-9632147.

## Netzwerk Migration in Europa e.V. gegründet

Am 19. Februar 2001 konstituierte sich in Berlin der europäische Verein „Netzwerk Migration in Europa – Network Migration in Europe“. Zielsetzung des Vereins ist es, das Wissen und die Kenntnis über Migration und Migrationsgeschichte in Europa zu vertiefen und in die europäischen Öffentlichkeiten hineinzuwirken. Neben der Vernet-

zung bestehender Institutionen zählt der Verein insbesondere die Erstellung von Bildungsmaterial, die Konzeptionalisierung von Ausstellungen und langfristig die Errichtung eines Europäischen Migrationsmuseums zu seinen Zielen. Weitere Informationen unter: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org)

### Impressum

#### Migration und Bevölkerung

Herausgeber: Rainer Münz, Ralf Ulrich

Bevölkerungswissenschaft, Humboldt-Universität Berlin  
Unter den Linden 6, D-10099 Berlin

Tel. (030) 2093-1918, Fax: (030) 2093-1432, e-mail: [MuB@sowi.hu-berlin.de](mailto:MuB@sowi.hu-berlin.de)  
Homepage: [www.demographie.de](http://www.demographie.de)

Redaktion: Antje Scheidler (verantw.), Rainer Münz, Stefan Alscher, Gustav Lebhart, Veysel Özcan, Sammi Sandawi

ISSN: 1435-7194

Die Herausgabe des Newsletters *Migration und Bevölkerung* wird vom German Marshall Fund (GMF) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des GMF wieder. Der Abdruck von Artikeln, Graphiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten. Der Newsletter wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar:

Online

[www.demographie.de/newsletter](http://www.demographie.de/newsletter)